



## Medienmitteilung

Luzern, 23. September 2020

### Via sicura – Gedankenaustausch zwischen Politik und den Blaulichtorganisationen

*VSPB – Während der Herbstsession 2020 luden die Parlamentarische Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen und die Kerngruppe Feuerwehr die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Gedankenaustausch der Bestimmungen von Via sicura ein. Gemeinsam erläutern sie die vorherrschenden Unsicherheiten, welche Via sicura darstellt.*

Weniger Todesopfer und Verletzte auf den Schweizer Strassen, das war und ist das Ziel der Via sicura Grundlage. Die Anpassungen der Strassenverkehrsgesetzgebung waren und sind ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung. Leider bleibt aber bei den Blaulichtorganisationen weiterhin eine grosse Verunsicherung bestehen bezüglich der Verhaltensweise bei den Dringlichkeitsfahrten, welche von der aktuellen Praxis des Bundesgerichts – auch nach der erreichten Anpassung in Art. 100.4 SVG vom Jahr 2016 - noch gesteigert wurde. Es stellt sich nun die dringliche Frage, ob der SVG Artikel in dieser Form noch zu verantworten ist.

Der Informationsanlass der Parlamentarischen Gruppen für Polizei- und Sicherheitsfragen und der Kerngruppe Feuerwehr diente dazu, den Politikerinnen und Politikern aufzuzeigen, welche grosse Bedeutung und was für ein Hindernis die Änderung der Gesetzgebung mit sich gezogen hat.

Als Fachreferenten zeigten Herr Laurent Wehrli, FDP Nationalrat des Kantons Waadt und Zentralpräsident des Schweizerischen Feuerwehrverband Swissfire die Sichtweise seiner Organisation auf und Herr Damian Meier, Kommandant der Kantonspolizei Schwyz und Mitglied der KKPKS sprach über seine Erfahrungen.

Gemeinsam mit den Blaulichtorganisationen setzt sich die Parlamentarische Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen dafür ein, dass die Bestimmungen von Via sicura geändert werden, so dass sich die Polizistinnen und Polizisten und alle anderen Blaulichtorganisationen auf ihre eigentliche Arbeit - der Schutz der Bevölkerung - konzentrieren können. Es muss verhindert werden, dass die Mitarbeitenden dieser Organisationen eine Verurteilung mit einer Gefängnisstrafe riskieren, nur weil sie ihre Arbeit machen müssen.

---

#### Für weitere Informationen:

- Französisch: Emmanuel Fivaz, Vizepräsident VSPB, Tel. 079 796 33 89
- Deutsch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64

